

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M.,
ei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M.,
für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon
für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipsia, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13683. — **Verlag in Leipsia,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Insertionspreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M.,
bei Platzvorrat 2.90 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M.,
Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen.

Verfehlte Taktik.

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Daily Telegraph behauptet es, daß die deutsche Presse die gegenwärtige Auseinandersetzung zwischen den Alliierten benutzt habe, um einen Feldzug zu beginnen, in dem sie die Alliierten mit dem Rücktritt Wirths bedrohe, wenn nicht das ganze oberste Industriepersonal den Deutschen zugesprochen werde. Welche Differenzen auch immer über diese Frage zwischen England und den Franzosen bestehen mögen, und wie aufrichtig auch immer die Achtung vor der Ehrlichkeit des Reichskanzlers Wirth sein möge, solche Angehörigkeiten der deutschen Presse könnten keine Resultate zeitigen, wie die deutsche Presse sie wünscht. Es würde nicht die deutsche Sache in den Augen Englands, noch die Stellung der Regierung Wirth, wenn so verfahren würde. So könne genau das Gegenteil von dem geschehen, was man erhoffe.

Die Warnungen des Daily Telegraph bedenken sich mit denen, die die deutsche sozialistische Presse nicht nur einmal ausgesprochen hat. Nicht nur, soweit es sich um den etwaigen Rücktritt Wirths handelt, sondern auch allgemein ist nichts verfehlter, als ein deutscher Anspruch auf das gesamte oberste industrielle Gebiet.

Auch Frankreich von der Entwaffnung befriedigt.

Paris, 22. Juli. Ministerpräsident Briand erklärte dem Journal über den gestrigen Besuch des Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin, General Kollert habe ihm befriedigende Nachrichten über den Stand der Entwaffnung in Deutschland gegeben. Der Kontrollkommission wird durch die deutschen Behörden jede gewünschte Erleichterung gegeben. Die Waffen werden gut abgepackt und man könne sagen, daß Deutschland keine schwere Artillerie mehr besitze.

Die Zahlung der ersten Goldmilliarde gesichert.

Berlin, 23. Juli. (TU.) Mit der Decksungsfrage der Goldmilliarde hat sich auch die am Freitag stattgefundene Konferenz im Reichsministerium beschäftigt. Der Reichskanzler teilte mit, daß die nötigen Goldwerte zur Deckung der Goldmilliarde vorhanden seien und wie diese bis zum festgesetzten Termin im August beschaffen werden.

Weitere Zahlungen.

Frankfurt a. M., 23. Juli. (TU.) Nach der Frankfurter Zeitung hat Deutschland der Reparationskommission die Einlösung sechs weiterer hinterlegter Wechsel über je zehn Millionen Dollar, zusammen also 240 Millionen Goldmark, angeboten.

Die Gesamtsumme der bisher geleisteten bzw. angebotenen Zahlungen beträgt somit jetzt 556 Millionen Goldmark, also bereits mehr als die Hälfte der ersten Rate. — Es ist, nebenbei, vor einigem Interesse, daß die Alliierten sich noch gar nicht über die Verwendung dieses Geldes einig sind, und daher die Riesensumme unbenutzt liegen lassen, wie aus folgender Meldung hervorgeht:

Paris, 22. Juli. Daily Telegraph hat gestern mitgeteilt, daß die Unterredung zwischen dem belgischen Finanzminister Theunis und dem englischen Schatzkanzler Sir Robert Horne sich nicht nur auf den belgischen Prioritätsanspruch auf die deutschen Reparationszahlungen, sondern auch auf das Vorrecht Englands auf Ersatz seiner Besatzungskosten bezogen haben sollen. Minister Theunis habe im Laufe der Besprechungen die lange Hinausschiebung einer Zusammenkunft des Obersten Rates bemängelt, wodurch die von Deutschland geleisteten Zahlungen unbenutzt in den amerikanischen und europäischen Banktresors liegen blieben, und er habe es für ganz natürlich erklärt, daß unter diesen Umständen die beiden Hauptbeteiligten eine vorläufige Verständigung suchen.

Der Fall Pahig.

Deutscher Auslieferungsantrag.

Berlin, 22. Juli. (WVB.) Nach Pressemeldungen soll der U-Boot-Kommandant Pahig in Dänemark angeblich wegen einer dort begangenen Polizeibüchertretung von der dänischen Polizei verhaftet worden sein. Das Auswärtige Amt hat sofort die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen angewiesen, festzustellen, ob diese Nachricht zutrifft, und bejahendenfalls den Auslieferungsantrag anzukündigen, der unverzüglich gestellt werden würde.

Worin die „Polizeiübertretung“ bestand, haben wir gestern unsern Lesern mitgeteilt. Wie zartfühlend das WVB doch sein kann, wenn es sich um einen Angehörigen der Offizierskaste handelt, mag er auch noch so verabscheuungswürdige Verbrechen an dem Gewissen haben! — Die Schnelligkeit und Korrektheit, mit der das Auswärtige Amt diesmal gehandelt hat, ist erfreulich und anerkanntswert.

Inzwischen ist aber folgendes Dementi eingegangen:

Kopenhagen, 23. Juli. (TU.) Nach amtlichen Feststellungen befindet sich die Meldung nicht nach welcher Kapitänleutnant Pahig in Dänemark verhaftet worden sein soll. Es handelt sich um eine andre Person.

Hilfe für das hungernde Rußland.

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Freiheit fordert die deutsche Arbeiterschaft zur Unterstützung des notleidenden russischen Volkes auf. Das eine aber, so schließt sie

ihren Artikel, muß gesagt werden: Wenn die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sich zu dieser Hilfsaktion entschließt, so wird sie es ablehnen, sich unter die Führung der kommunistischen Partei zu stellen. Sie wird es auch ablehnen, die Ausföhrung ihres Liebeswerkes ohne jede Kontrolle jenen Leuten zu überlassen, von denen sie nicht nur sonst, sondern auch jetzt noch nichts als Beschimpfungen erföhlet.

Wir schließen uns diesem Rufe und Verwahrung der Freiheit voll an. Die Organisationen müssen die Sammlung für die russischen Hungeropfer in die Hand nehmen und Verhandlungen mit russischen Vertretern wegen der Verteilung anbahnen.

Deutsche Hilfsaktion für Rußland.

Gorki kommt nach Berlin.

Berlin, 22. Juli. (DA.) Das Telegramm Maxim Gorkis an Gerhart Hauptmann ist der Ausgangspunkt einer deutschen Hilfsaktion für die schwer leidende Bevölkerung Rußlands geworden. Der Dichter hat das Telegramm Gorkis der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht, die in der Lage war festzustellen, daß der Schritt Gorkis in völliger Einvernehmen mit der Sowjetregierung erfolgt ist. Wie die Dena erföhret, trifft Gorki demnächst selber in Berlin ein, seine Gattin weist bereits hier. Amtlicherseits wird hervorgehoben, daß Deutschland bereit sei, sich an jeder internationalen Hilfsaktion für Rußland im Rahmen und nach Maßgabe seiner Kräfte zu beteiligen. Für die Organisation der Hilfsaktion kommt naturgemäß in erster Reihe das Rote Kreuz in Frage. Bei dem Stande seiner Ernährungslage muß es sich Deutschland verlagern, durch Lebensmittellieferungen der schwer bedrohten russischen Bevölkerung zu Hilfe zu kommen. Wohl aber wird eine direkte deutsche Hilfe durch Bereitstellung von Medikamenten in dem erforderlich werdenden Umfang betätigt werden. Dabei wird die deutsche Hilfsaktion nicht außer acht lassen dürfen, daß in dem am schwersten leidenden Wolgagebiet namentlich auch viele Tausende deutscher Siedler von der Katastrophe betroffen worden sind.

In Moskau hat sich inzwischen ein Hilfskomitee gebildet, das keinerlei politischen Charakter trägt und daher Mitglieder sämtlicher Parteien, auch der nichtkommunistischen, in sich schließt. Die Vorbereitungen für die weiteren Maßnahmen sind bereits in vollem Gange, die Fühlungnahme mit russischen Kreisen ist erfolgt. Gerhart Hauptmann wird, wie die Dena hört, den Appell Gorkis persönlich beantworten. Die Einzelheiten der Hilfsaktion dürften erst bei Gorkis Anwesenheit in Berlin festgestellt werden.

Eine Schlacht zwischen Faschisten, Polizei und Kommunisten.

30 Tote, viele Verwundete.

Aus Rom wird gemeldet: In Sarzana, Provinz Genua, ist es gestern nacht zu einem ungewöhnlich schweren Zwischenfall zwischen Faschisten, Polizei und Kommunisten gekommen. Eine Abteilung von etwa 300 Faschisten, die in die Post eindrangen, wollte, um dort gefangene Kameraden zu befreien, wurde von der Polizei am Eingange der Post zurückgehalten. Es kam zu einem Zusammenstoß, wobei im ganzen über 30 Tote und zahlreiche Verwundete liegen blieben.

Die Jagd auf die Faschisten, die über die Felder flüchteten, wurde sodann von vereinigten Bauern fortgesetzt, die mit Säulen und Flinten bewaffnet waren. Auch ein absahender Zug, in dem sich der Rest der Expedition befand, wurde beschossen. In Livorno sind ähnliche Schicksale an der Tagesordnung. Man beginnt die Organisation der „Arbitri“ (die sich gegen die Faschisten zusammenschließen) zu spüren.

Inzwischen sehen die Arbeitervertreter und das Direktorium der Faschisten die Bemühungen fort, zu einem Friedensschluß zu kommen, dessen Text bereits aufgestellt ist, dessen Durchführung aber bei der Erregung der Gemüter sehr schwierig erscheint.

Die Lage des Kabinetts Bonomi ist infolge der Vorfälle bei Sarzana sehr schwierig geworden.

Nur keine Unterjuchung.

München, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses im bayerischen Landtag wurde ein kommunistischer Antrag behandelt, der die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission fordert zur Untersuchung der Zustände in der Festungsanstalt Niederschönenfeld. Die Redner der Kommunisten und Unabhängigen brachten eine Unmenge Material vor über die Schikanierungen, denen die Gefangenen in Niederschönenfeld ausgesetzt sind, seit ein neuer Anstaltsvorstand dort eingesetzt ist. Klagen der Gefangenen kommen deshalb nicht mehr an das Justizministerium, weil man sie überhaupt nicht aus der Festung herausläßt. Es sei vorgekommen, daß man Gefangenen, die krank waren, die ärztliche Behandlung verweigerte und daß man andere Gefangene, die Beschwerden vortrachten, deswegen in Einzelhaft brachte und sonstige Erskwerungen verhängte. Der Regierungsvertreter erklärte die vorgebrachten Beschwerden für übertrieben oder erlogen. Es seien auch, besonders in der letzten Zeit, keine Beschwerden mehr aus der Festungsanstalt Niederschönenfeld gekommen. Der Antrag auf Einsetzung einer Kommission wurde im Ausschuss gegen die Stimmen der Kommunisten und sozialistischen Parteien abgelehnt.

Ein Japaner über die Möglichkeit eines japanisch-amerikanischen Krieges.

Von De Lorges.

Eine Wandlung der Anschauungen ist in politischen Dingen natürlich ebenso statthaft wie auf anderen Gebieten. Erweiterte Kenntnisse und neue Erfahrungen können einen Denkenden und ehrlichen Menschen dazu zwingen. Leider aber sind die Gründe zu einem Meinungswechsel gerade hier weit öfter in Charakterlosigkeit und Oberflächlichkeit zu suchen. Mit wie sträflicher Unwissenheit man bisweilen über fremde Völker zu urteilen pflegt, dafür bildet die Stellung der meisten deutschen Politiker und Publizisten zu Japan ein geradezu klassisches Zeugnis.

Welch Unheil der haltlose Mensch und aberwitzige Politiker Wilhelm II. 1895 mit seinem gegen Japan gerichteten Warnruf an die „Völker Europas“ ihre „heiligsten Güter“ zu wahren, angerichtet hat, pflegt jetzt selbst die bürgerliche Kritik allgemein zu rügen. Und doch war diese Anstiftung (die er als Monarch natürlich nicht äußern durfte) wenigstens eine Torheit, die er mit viel klügeren Leuten teilte. So durfte z. B. der selbständige Schriftsteller Karl Jentsch in einem sonst recht vernünftigen Aufsatz noch 1900 folgenden uns fast verrucht anmutenden Satz aussprechen: „daß er zu schwarzen und gelben Menschen kein wesentlich anderes Verhältnis zu gewinnen möge, als zu den Tieren.“ Als der stützige Imperialismus von dem japanischen Nationalismus so gründlich geschlagen worden war, änderte sich allerdings das Bild in den meisten europäischen Köpfen ganz wesentlich. Dem Eindruck von Sieg und Gewalttat können nur wenige widerstehen, und so erhielten die Japaner in Deutschland vielfach den Namen des „asiatischen Preußen“, was gewiß ein Ehrentitel sein sollte. Der Japaner Masura Kakujo spottet darüber sehr fein in seinem „Buch vom Tee“: „Der Durchschnittseuropäer war daran gewöhnt, in Japan das Barbarenland zu sehen, als es sich in den sanften Rhythmen der Friedensübte. Er bezeichnet es als „zivilisiert“, seit es begann, auf den mandchurischen Schlachtfeldern Massenmord zu treiben.“

Dem großen „Umlernen“ im Weltkrieg mußte in Deutschland dieses günstige Urteil über den östlichen Asien natürlich zum Opfer fallen. Die Kriegsspychose verlangte das Herabsehen aller Gegner als Zeichen „vaterländischen Fühlens“. Nun mußte jeder „Klapp“ einen „Japs“ treffen; und aus den erst bewunderten Kriegshelden wurde ein „gelber Affe“. Dieses Urteil fälleten durchaus nicht nur Leute, denen man ihre Unkenntnis verzeihen könnte, sondern z. B. auch ein Leipziger Professor, der als Historiker doch über die Tierähnlichkeit und Kulturhöhe des Japaners ein wenig Bescheid wissen mußte.

Jetzt ist man in die vierte Phase der Wertschätzung innerhalb eines Vierteljahrhunderts getreten. Man erinnert daran, daß die Japaner die deutschen Kriegsgefangenen und Nichtkämpfer während des Krieges recht uneuropäisch anständig behandelt haben, was übrigens zutrifft. Man gelangt auf der mystisch-religiösen Welle, die als Müdigkeitserscheinung dem verlorenen Kriege gefolgt ist, über den Buddhismus zu seinem heutigen Hauptstift. Man liest die Stützen des Engländers Hearn, der, an dem anglo-amerikanischen Leben zerbrochen, seine Seele hemmungslos dem Lande auslieferte, das ihm den Frieden und die Möglichkeit des Daseins gab. Man wittert vor allem in Japan einen Rächer an den Ländern, die uns den Krieg verlieren ließen. Und da ohne Zweifel Japan im Weltkrieg eine erste Rolle spielt, beehrt man es mit vielen Zeitungsaufstößen, die fast immer wohlwollend gehalten sind.

Dagegen wäre nun an sich gewiß nichts einzuwenden, wenn diese schriftstellerischen Leistungen nicht wieder zwei bedenkliche Eigenschaften zeigten. Das eine ist der grauenhafte Dilettantismus, der aus vielen von ihnen spricht, und das andere die Unfähigkeit, die ganze Frage anders als unter dem Hinweis auf einen japanisch-amerikanischen Krieg zu sehen. Ein gutes Beispiel dieser Art politischer Schundliteratur kann man in der Broschüre Friedrich Wenders „Der unvermeidliche Krieg zwischen Japan und Amerika“ finden.

Schon die falsche Begeisterung und die „blumige“ Redeweise, beides ist uns in Leipzig als Schreibweise eines übernatürlich schlechten Blattes bekannt) bezeichnen den Geist der Schrift. Die Kenntnisse des Verfassers über Japan gehen offenbar über die Lektüre der Schriften Rathgens nicht sehr hinaus; quellenmäßige Belege werden für die Behauptungen nur selten gegeben; aus einer einzigen Zeitungsnachricht werden ungeheuerliche Schlüsse gezogen. Wender weiß genau, daß Japan durch Angliederung Chinas eine Kontinentalmacht werden, daß es ein mongolisch-buddhistisches Gesamtreich errichten und als alleiniger Herrscher im Stillen Ozean auftreten will. Wegen der Insel Jap wird es einen Krieg mit den Vereinigten Staaten führen, wozu die amerikanische Lage auf den Philippinen und Sandwischinseln längst unterminiert ist. Die niederländischen Sundainseln sind natürlich auch als Opfer erkoren. Dieser Krieg wird so furchtbar werden, daß der Weltkrieg dagegen als Bagatellexe erscheint. Ueber den Ausgang ist Wender natürlich auch unterrichtet. Japan der Sieger, beherrscht beide Ge-